

Buttet gesteht keine Schuld ein

Der CVP-Politiker tritt aus dem Nationalrat zurück - nachdem mehrere Parlamentarierinnen gravierende Belästigungen durch ihn beschrieben haben. Yannick Buttet macht geltend, er könne sich wegen Trunkenheit nicht an solche Vorfälle erinnern.

Markus Häfliger
Bern

Zweieinhalb Wochen nach Bekanntwerden der ersten Vorwürfe wegen sexueller Belästigung wurde der Druck für Yannick Buttet zu gross. Am Sonntagabend erklärte der 40-jährige CVP-Politiker seinen sofortigen Rücktritt aus dem Nationalrat. In einem Communiqué erklärte er, er tue das «im Interesse meiner Familie und meiner Partei». Er wolle sein Umfeld schützen und für sich selber «die notwendige Ruhe für meinen Heilungsprozess schaffen». Vor rund zwei Wochen hatte er sich wegen Alkoholproblemen in Behandlung begeben.

Doch wegen zu viel Alkohol musste Buttet nicht zurücktreten, sondern wegen neuer Vorwürfe zahlreicher Frauen, er habe sie sexuell belästigt. Am Samstag hatten «Le Temps» und «Nouvelles» detaillierte, aber anonymisierte Zeugnisse von vier Nationalrätinnen und zwei weiteren Frauen veröffentlicht, welche gravierende Belästigungen beschreiben. Eine Frau berichtet, bei einem Parlamentarierfest habe Buttet

ihr den Rock hochgeschoben und versucht, sie an den Genitalien zu berühren. Eine weitere sagt, Buttet habe versucht, sie von hinten auf den Nacken zu küssen und habe sie dabei «überall» berührt. Eine dritte berichtet, Buttet habe sich in einer Diskothek mit erigiertem Glied an ihr gerieben.

Auch der Vorwurf, dass Buttet eine Ex-Geliebte gestalkt habe, hat sich am Sonntag weiter konkretisiert. Wie die «NZZ am Sonntag» publik machte, hat die Walliser Staatsanwaltschaft gegen Buttet ein Strafverfahren wegen des Verdachts auf Nötigung eröffnet. Der Ausgang dieses Verfahrens sei jedoch «offen», betont Buttet in seinem Rücktrittsschreiben.

Zu den Anschuldigungen der übrigen Frauen äussert er sich nur mit einem Satz: «In der Öffentlichkeit wurde ein Bild von mir gezeichnet, in dem ich mich selbst nicht wiedererkenne und von dem ich mich auch distanzieren.» Was heisst das? Dass Buttet das von den Medien gezeichnete Bild für falsch hält? Oder dass er sich von eigenen Taten distanzieren? Buttets Anwalt Andreas Meili erklärt, die Doppeldeutigkeit sei folgerichtig. «Sein

Rücktritt ist kein Schuldeingeständnis», hält Meili fest. Buttet könne sich aufgrund seiner Alkoholkrankheit an keine derartigen Vorfälle erinnern, wie sie von den Frauen geschildert würden. Sollten die Vorfälle trotzdem passiert sein, «dann distanziert sich Herr Buttet von einem solchen Verhalten», sagt Meili.



Yannick Buttet
Ex-CVP-Nationalrat

CVP-Präsident Gerhard Pfister war für eine Stellungnahme nicht zu erreichen. Babette Sigg hingegen, die Präsidentin der CVP-Frauen, bezeichnet Buttets Rücktritt als «Erleichterung für die CVP». Für Sigg ist die Sache mit dem Rücktritt aber nicht erledigt. «Die mutmassliche sexuelle Belästigung ist damit nicht unge-

schehen gemacht.» Sigg bietet sich darum als Kommunikationskanal zur CVP-Spitze an. «Die betroffenen Frauen sollen sich bei mir melden.» Auf diese Weise könnten die von mutmasslichen Übergriffen betroffenen Frauen ihr Erleben möglicherweise besser abschliessen. Den Frauen sichert Sigg «hundertprozentige Anonymität» zu.

Die Angst der Politikerinnen

Das Besondere am Fall ist, dass Buttet über Anschuldigungen stolpert, die - mit Ausnahme der Strafanzeige seiner Ex-Geliebten - anonym vorgebracht wurden. Vor allem die Zeitung «Le Temps» sammelte und veröffentlichte entsprechende Zeugnisse von Frauen. Chefredaktor Stéphane Benoit-Godet ist «nicht glücklich», dass er die Anschuldigungen nur anonym publizieren konnte. Die Frauen hätten ihren Wunsch nach Anonymität aber damit begründet, dass sie sonst als Politikerinnen «nicht mehr ernst genommen» und als «Opfer» angesehen würden. Das, was jüngst der SVP-Nationalrätin Céline Amaudruz widerfahren ist, hat viele Politikerinnen in

dieser Angst bestärkt. Seit Amaudruz von sexuellen Belästigungen im Bundeshaus berichtet hat, muss sie bei ihren Fraktionskollegen unten durch. Adrian Amstutz warf ihr vor, sie stelle alle Männer im Bundeshaus unter Generalverdacht. Roger Köppel schoss in der «Weltwoche» gegen sie, indem er schrieb, er habe sie «noch nie ohne kurzen Rock oder hautenge Bluse gesehen».

Weil die Frauen sich nicht namentlich äussern wollten, habe «Le Temps» keine Alternative gesehen, als ihre Vorwürfe anonym zu publizieren, sagt Benoit-Godet. Die Nichtpublikation sei keine Option gewesen. «Wenn wir Medien nicht aktiv geworden wären, wäre in diesem Fall gar nichts passiert.»

Auffallend ist, wie passiv Buttets Anwalt die vernichtende Berichterstattung über seinen Mandanten bisher hinnimmt. Meili ist bekannt dafür, dass er unliebsamen Medien rasch mit juristischen Schritten droht. Die Frage, ob Buttet rechtliche Schritte ergreife, wollte Meili auf Anfrage nicht beantworten. Benoit-Godet jedenfalls fürchtet sich nicht. «Wir sind bereit, das durchzufechten.»

Schweizer Fische getestet, Pestizide gefunden

Eine neue Untersuchung zeigt: Pestizide belasten nicht nur die hiesigen Gewässer, sondern reichern sich auch in Fischen an. Fachleute fordern nun vertiefte Abklärungen.

Stefan Häne

Die Schweizer Landwirte bringen jedes Jahr rund 2200 Tonnen Pestizide aufs Feld. Auch wenn der Schweizerische Bauernverband mit Nachdruck festhält, dass die Bauern zugelassene Mittel verwenden und bei der Anwendung die Auflagen der Behörden einhalten müssen: Die Giftstoffe belasten die Bäche, Flüsse und Seen teils stark; zuletzt bestätigt hat dies eine Studie des Bundes diesen April.

Weitgehend unerforscht ist dagegen, wie weit Fische von Pestiziden betroffen sind. Eine bislang unveröffentlichte Untersuchung bringt nun mehr Klarheit. Der WWF Schweiz hat in einem Berner Labor Fische auf Pestizide testen lassen, je drei Exemplare - Bachforellen oder Döbel - aus der Engelberger Aa (NW), der Surb (AG), der Urtenen (BE) und der Limpach (SO). Dabei haben die Experten in den vier Gewässern in allen zwölf geprüften Fischen Pestizide oder Abbauprodukte gefunden.

Hoch sei insbesondere der Anteil an Giftstoffen, welche die Fortpflanzungsfähigkeit der Tiere mindern oder den Fischembryo schädigen könnten, heisst es in der Untersuchung, die dieser Zeitung vorliegt. Keine Aussagen machen die Experten über die Genussbarkeit der Tiere, haben sie doch den ganzen Fisch überprüft und nicht nur die essbaren Teile. Damit ist auch nicht klar, wo genau im Organismus sich die Schadstoffe angereichert haben.

Der WWF Schweiz bezeichnet das Resultat als «erschreckend». Bei den hierzulande zugelassenen Pestiziden sind die Fachleute bisher davon ausgegangen, dass selbst höhere Konzentrationen im Wasser nicht zu erhöhten Konzentrationen in Fischen führen sollten. «Der Test beweist jedoch das Gegenteil», sagt Myriam Stucki vom WWF Schweiz. Die Zulassung der Pestizide widerspreche dem Vorsorgeprinzip, das im Umweltschutzgesetz verankert sei.

Fischpopulationen unter Druck

Die Untersuchung hat indes eine gewichtige Schwäche. Sie lässt keine Rückschlüsse zur Frage zu, wie pestizidbelastet der Fischbestand in der Schweiz insgesamt ist. Dazu ist die Stichprobe zu klein, wie der WWF einräumt. Trotzdem wird die Arbeit in Fachkreisen als wertvoller Beitrag gewertet. Der Verband Schweizer Abwasser- und Gewässerschutzfachleute etwa schätzt die Pestizidbelastung der Gewässer als problema-



Hoch war bei den untersuchten Bachforellen vor allem der Anteil an Stoffen, welche die Fortpflanzung beeinträchtigen. Foto: Alamy

tisch ein - wobei bis anhin nicht die Auswirkungen auf die Fische im Vordergrund gestanden sind, wie Direktor Stefan Hasler sagt. «Fakt ist jedoch, dass viele Fischpopulationen in der Schweiz zurückgehen und das breit angelegte Projekt Fischnetz vor gut zehn Jahren keine eindeutigen Gründe dafür gefunden hat.» Bereits damals hätten mitunter Pestizide als möglicher Grund gegolten. Vor diesem Hintergrund fände Hasler weitere Untersuchungen sinnvoll.

Dieser Ansicht ist auch Marion Jung-hans vom Oekotoxizentrum, dem schweizerischen Kompetenzzentrum für angewandte Ökotoxikologie. «Pestizide, die sich in Fischen akkumulieren und über die Nahrungskette anreichern, können für die Fischreier zum Problem werden.» Weitere Forschung wäre daher auch laut Jung-hans wünschenswert. Der WWF versteht die Untersuchung als «Anstoss» für die Forschung, wie Sprecherin Myriam Stucki erklärt.

Zu reden geben dürfte das Testergebnis freilich auch auf politischer Ebene. Zum einen, weil das Departement von Umweltministerin Doris Leuthard (CVP) die Grenzwerte für 25 Pestizide, darunter das besonders umstrittene Glyphosat, anheben will, wie diese Zeitung vorletzte Woche berichtet hat. Zum anderen, weil der WWF Forderungen aus der Untersuchung ableitet: Der Bund

soll demnach die Pestizidbelastung der Gewässer und ihrer Bewohner «deutlich» senken.

«Scheinlösung» befürchtet

Dass Handlungsbedarf besteht, ist unbestritten. Der Bundesrat will mit einem nationalen Aktionsplan die Risiken der Pestizidanwendung halbieren und den Verbrauch von Pestiziden mit besonderem Risikopotenzial bis 2027 um 30 Prozent senken. Zu den mehr als 50 Massnahmen gehört, dass die Bauern über Direktzahlungen spezielle Beiträge erhalten, sofern sie auf Herbizide verzichten. Kritiker indes halten die Ziele des Aktionsplans für zu wenig ambitioniert. Nationalrätin Tiana Moser ortet die Gefahr einer «Scheinlösung». In einer Motion fordert die GLP-Politikerin den Bundesrat auf, die «notigen finanziellen und personellen Ressourcen» bereitzustellen.

Der Bundesrat teilt diese Befürchtung nicht. Der Aktionsplan, so stellte er in seiner Antwort auf Mosers Vorstoss jüngst klar, sei das richtige Mittel, um das «ehrgeizige Ziel» zu erreichen; dies umso mehr, als für dessen Umsetzung neu 2,6 Millionen Franken pro Jahr mehr zur Verfügung stünden. Der Bauernverband steht hinter dem Aktionsplan: Die Landwirtschaft sei bereit, «den Eintrag in die Gewässer wirkungsvoll zu reduzieren».

Pestizide

Kaum Grenzwerte für Fische

Das Bundesamt für Landwirtschaft zeigt sich über das Resultat der WWF-Untersuchung nicht überrascht: Was im Wasser sei, gelange auch in den Fisch. Die kleine Stichprobe lasse aber keine Aussagen zu Höhe und Umfang der Pestizidbelastung der Schweizer Fische zu.

Doch wie viel Gift ist bei Fischen zu viel? Für die Pestizide, welche die WWF-Untersuchung nachgewiesen hat, gibt es im Gesetz für Fische keine sogenannten Rückstandshöchstgehalte. Festgelegt sind diese Werte im Zusammenhang mit Fischen nur für jene wenigen Pestizide, die in der Schweiz seit längerem verboten sind, aber in der Umwelt überdauert haben; auch die EU kennt keine harmonisierten Höchstgehalte für Fische.

Mit Blick auf die WWF-Untersuchung kann das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit deshalb keine rechtlich verbindliche Höchstmenge nennen und die ermittelten Pestizidwerte qualifizieren. Trotz fehlender Höchstwerte besteht aber eine gesetzliche Pflicht. Vermarkte etwa ein Fischer seine Ware, ist er für deren Sicherheit verantwortlich und muss aufzeigen, wie er diese gewährleisten will. Anknüpfungspunkt ist das Gewässerschutzrecht, das Höchstwerte für Pestizide im Wasser kennt. Der Fischer muss also sicherstellen, dass er in einem Gewässer jagt, wo diese Werte nicht überschritten werden. (sth)

CVP geht beim Thema Islam in die Offensive

Am Mittwoch berät der Bundesrat voraussichtlich die Burkaverbotsinitiative. Im Vorfeld beziehen die Parteien Stellung: Wie diese Zeitung am Samstag berichtet hat, drängt die Spitze der SP auf einen direkten Gegenvorschlag zur Initiative. Die SP will statt einem Burkaverbot die Integration von Migrantinnen verbessern, um diese gegenüber ihren Männern zu stärken. In eine ähnliche Richtung zielt gemäss der «SonntagsZeitung» auch ein Gegenvorschlag, den SP-Justizministerin Simonetta Sommaruga im Bundesrat durchsetzen will.

Die «SonntagsZeitung» berichtet ausserdem von einem Grundsatzpapier der CVP. Demnach hat die Partei Pläne, die über ein Burkaverbot hinausgehen. Die CVP fordere ein Kopftuchverbot an Schulen und verlange eine verstärkte Kontrolle der muslimischen Gemeinschaften in der Schweiz. (Red)

Nachrichten

Atomkraftwerk

Leibstadt darf unter Auflagen wieder ans Netz

Das Atomkraftwerk Leibstadt, das seit September wegen der Jahresrevision nicht am Netz war, kann wieder hochgefahren werden. Die Revision dauerte länger als geplant, weil an Brennelementen Qualitätsmängel festgestellt worden waren. Die Experten hätten bei den Kontrollen keine Befunde mehr entdeckt, die das Wiederhochfahren und einen sicheren Leistungsbetrieb infrage stellen würden, teilte das Eidgenössische Nuklearinspektorat am Wochenende mit. Leibstadt darf jedoch nicht auf Vollast ans Netz: Die Leistung der Brennelemente und des Kerndurchflusses müssen weiterhin begrenzt werden. (SDA)

Luftabwehr

Militärjustiz ermittelt wegen Amtsgeheimnisverletzung

Das sistierte Luftabwehrprojekt Bodlur sorgt wieder für Schlagzeilen. Die Militärjustiz hat eine Untersuchung wegen Verletzung des Amtsgeheimnisses eröffnet. Sie will herausfinden, wer 2016 vertrauliche Informationen zum Projekt an die Medien weitergegeben hat. (SDA)

Neuenburg

Präsident der Jungen SVP tritt wegen Nazi-Tattoo zurück

Der Präsident der Jungen SVP Neuenburg, Stève Cao, ist wegen eines Tattoos mit Nazi-Motiv zurückgetreten, wie die «Zentralschweiz am Sonntag» berichtet. Die Mutterpartei hatte den Rücktritt gefordert, nachdem sie über das Tattoo in Kenntnis gesetzt worden war. (SDA)